

Fünf Forderungen an KandidatInnen für den Bayerischen Landtag:



1. Kennzeichnungspflicht bei Fleisch, Milch und Eiern bei Verwendung gentechnisch veränderter Futtermittel!

Ende 2017 wurden von der EU-Kommission sechs gentechnisch veränderte (GV) Pflanzen zum Import als Lebens- und Futtermittel zugelassen. Zwei der GV-Sojasorten sind sehr umstritten, weil sie gleich 3-fach mit Herbizidresistenzen verändert worden sind. Alle drei Herbizide stehen unter Verdacht, gesundheitsschädlich (krebserregend oder Schädigung menschlicher Embryonen) zu sein oder sind so offiziell eingestuft. Die eingereichten Studien zu den GV-Pflanzen sind nicht ausreichend und oft nicht unter Praxisbedingungen getestet worden. (siehe unabhängige Bauernstimme Nr. 418, 02/2018, S. 8). Der Großteil der deutschen Bürger spricht sich gegen gentechnisch veränderte Lebensmittel aus, dennoch haben sie keine Möglichkeit diese zu vermeiden so lange es keine Kennzeichnungspflicht gibt. Unser Ödp- Europa- Abgeordneter Klaus Buchner setzt sich in Brüssel dafür ein den Import von Gensoja und Genmais in Europa zu untersagen. Die Ödp setzt sich für ein gentechnikfreies Europa ein: sowohl beim

Saatgut als auch bei den Futtermitteln muss auf Gentechnik verzichtet werden. Die Regierung muss dem Vorsorgeprinzip Folge leisten. Es dürfen nicht erst die Folgen abgewartet werden, die gentechnisch veränderte Nahrungsmittel unter Umständen nach sich ziehen. Als Landtagsabgeordnete werde ich mich für eine Kennzeichnungspflicht bei allen Nahrungsmitteln einsetzen, auch wenn gentechnisch veränderte Futtermittel verwendet wurden, denn der Verbraucher hat ein Recht darauf zu wissen was er konsumiert!

2. bio-regional-faire Verpflegung in bayerischen Behörden!

Ökologische und soziale Erzeugungsstandards sind von elementarer Bedeutung für die Gesundheit und Arbeitsbedingungen von uns Menschen und den Erhalt unserer Natur und Umwelt. Dazu gehört die Förderung der ökologischen und regionalen Landwirtschaft. Bei den Lebensmitteln (Kaffee, Tee, u.Ä.) die exportiert werden müssen, sollten unbedingt fair gehandelte Waren Vorrang haben.

Behörden sollten mit gutem Beispiel vorangehen und komplett auf bio-regional-faire Verpflegung umstellen. Bayrische Behörden sollen dadurch helfen regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken, Arbeitsplätze zu bewahren und durch kurze Wege das Klima zu schützen.

3. Der Freistaat Bayern kauft künftig sozial und ökologisch ein!

Alle staatlichen Ebenen müssen ihre Möglichkeiten nutzen, Ausschreibung und Beschaffung neben dem Kriterium der Wirtschaftlichkeit auch nach den Prinzipien der Ökologie, der Regionalität, des Fairen Handels und der Nachhaltigkeit zu gestalten. Als Landtagsabgeordnete werde ich mich dafür einsetzen, dass Bayern sich, genauso wie es bereits einige österreichische Landtage beschlossen haben, aktiv einsetzt für die Idee des Global-Marshall-Plans. Diese Initiative von Wissenschaftlern und Vordenkern will eine weltweite ökosoziale Wirtschaftsordnung

schaffen und ökologisch-soziale Mindeststandards in Entwicklungs- und Industrieländern durchsetzen. Dadurch wird der Migrationsdruck durch Abbau von Fluchtursachen wirksam gedämpft. Die ÖDP ist als einzige deutsche Partei aktive Unterstützerin der GMP-Initiative.

4. Stopp der unsozialen Milch- und Fleischexporte in Länder des Globalen Südens!

Die Landwirtschaft in Deutschland wandelt sich in den letzten Jahren stetig, sie wird zunehmend auf Export getrimmt. Ergebnis der Rahmenbedingungen, die von der deutschen und EU-Politik gesetzt werden – maßgeblich auf Druck der exportorientierten Agrarindustrie (Stopp den Konzernspenden!). In armen Ländern dieser Welt verzerren billige Lebensmittel in Europa und Deutschland die dortigen Märkte. Eine Hauptursache sehe ich darin, dass zu viel produziert wird. Die politischen Instrumente müssen dafür genutzt werden, Krisen präventiv zu vermeiden, indem die Angebotsmenge an der Nachfrage ausgerichtet wird. Die Politiker sind aufgefordert die hochwertige Produktion von Milch und anderen Lebensmitteln zu sichern und auszubauen. Im bayrischen Landtag werde ich mich einsetzen für echte Weidemilchprogramme, die Erzeugung von Heumilch, Programme zur Langlebigkeit von Kühen und die Fütterung ohne Gentechnik. Denn in Deutschland kann nur deshalb dieses Überangebot produziert werden, weil die Kühe sehr energiereiches Futter wie Maissilage und Eiweißfutter bekommen (welches aus dem Ausland importiert werden muss und weitreichende Umweltzerstörung zur Folge hat). Die Ödp unterstützt die Forderungen der Bewegung „Wir haben es satt!“.

Meiner Meinung nach sollte vorrangig die regionale Vermarktung und Produktion (auch der Futtermittel) bei der Fleisch- und Milchwirtschaft unterstützt werden. Subventionen auf weite Fahrtwege müssen umgehend gestrichen werden. Es darf sich nicht lohnen ein Tier (-produkt) hunderte Kilometer zu transportieren oder in ärmeren Ländern billiger als die dort hergestellten Fleisch- / Milchprodukte zu verkaufen.

5. Bayerische Nachhaltigkeitsstrategie gemeinsam gestalten und konsequent umsetzen!

Als Kreisverband der Ödp AIC-FDB initiierten wir ein Bündnis für Nachhaltigkeit in Friedberg. Ziel ist es, nachhaltig denkende Menschen, Verbände und Parteien zusammenzubringen und ihre Kräfte zu bündeln, um effektiv handeln zu können. Als Hauptanliegen kristallisierten sich neben Energie, Verkehr und Flächenfraß die Themen Müllvermeidung und Artenschutz heraus. Angesichts der Massen an Plastik in den Meeren und Mikroplastik in Gewässern muss jetzt alles daran gesetzt werden, Müll zu vermeiden.

In Mering gibt es bereits seit längerem ein Bündnis für Nachhaltigkeit, bei dem wir als Ödp dazu gehören.

Die Ödp ist eine Partei des Gemeinwohls, wir setzen uns für eine Marktwirtschaft ein, die Werte respektiert und fairem Handel Vorrang vor Gewinnmaximierung einräumt. Die Wirtschaft ist nicht nur kommerziellem Erfolg, sondern auch den Geboten der Nachhaltigkeit und der Gemeinwohlorientierung verpflichtet, so wie es die Bayerische Verfassung in Artikel 151 vorsieht: „Die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl, insbesondere der Gewährleistung eines menschenwürdigen Daseins für alle und der allmählichen Verbesserung des Lebensstandards aller Bevölkerungsschichten.“

Als einzige wachstumskritische Partei unterstützen wir die Global Marshall Plan Initiative und setzen uns ein, für ein verbessertes und verbindliches globales Rahmenwerk für die Weltwirtschaft, das die Wirtschaft mit Umwelt, Gesellschaft und Kultur in Einklang bringt.

Wir sind davon überzeugt, dass unsere bisherige Lebensweise nicht zukunftsfähig ist, weil wir bereits heute unseren Planeten überfordern und daher ein Umdenken dringend notwendig ist.

Vor Ort wollen wir gemeinsam mit den anderen Verbänden anderen Menschen zeigen, was sie im Alltag tun können, um mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen sinnvoller umzugehen, denn dies ist oft einfacher, als man denkt. Auf Landesebene würde ich diese Ziele einer Nachhaltigkeitsstrategie voran bringen und mit Hilfe anderer engagierter Verbände konsequent in allen Gesellschaftsbereichen umsetzen.